

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

25.11.2021

Inhalt

EWN

1 3G-Regeln am Arbeitsplatz: Greifswalder Arbeitgeber rechnen mit hohen Kosten <i>Ostsee-Zeitung.de, 24.11.2021</i>	3
2 MV will auf eigene Faust Hunderte Windräder bauen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 25.11.2021</i>	5
3 Giftmüldeponie soll auf Umweltschutz umschulen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 25.11.2021</i>	6

3G-Regeln am Arbeitsplatz: Greifswalder Arbeitgeber rechnen mit hohen Kosten

Auch Arbeitnehmer sind seit dieser Woche in der Bringepflicht: Sie müssen nachweisen können, geimpft, genesen oder getestet zu sein. Für viele Arbeitgeber bedeutet das vor allem mehr Aufwand und mehr Kosten. Wie Greifswalder Unternehmen die Regeln umsetzen.

Greifswald. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist in dieser Woche eine komplett neue Regelung im Kampf gegen das Corona-Virus gestartet: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen nachweisen, dass sie geimpft, genesen oder getestet sind. Die Kehrseite der neuen Regel: Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen die Nachweise kontrollieren, die Schnelltests zur Verfügung stellen und im Zweifelsfall Arbeitskräfte nach Hause schicken. Für beide Seiten ein erheblicher Aufwand.

Einer der größten Arbeitgeber der Region ist das **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN)**. Allein am Standort Lubmin arbeiten rund 860 Beschäftigte. Das Unternehmen hat schon vor den neuen Maßnahmen aus dem Bund reagiert. Bereits seit dem 17. November ist der Zutritt zum Gelände nur noch unter Einhaltung der 3G-Bedingungen möglich. Gleiches gilt für die Kantine des Betriebes. Wer dort essen will, muss sich zusätzlich mit der Luca- oder der Corona-Warn-App einchecken. Für die Einhaltung der Maßnahmen ist der hauseigene Objektsicherungsdienst zuständig.

Nur ein Teil der Belegschaft muss testen

Entspannt sei die Umsetzung der 3G-Regel im Greifswalder MediaMarkt angelaufen. „Ein Großteil der Mitarbeiter ist doppelt geimpft. Die täglichen Tests betreffen nur drei oder vier Kollegen“, sagt der geschäftsführende Gesellschafter Matthias Zander. Diese können den täglichen Schnelltest bequem im nahe gelegenen Testzentrum Burger King machen. Zander bietet jedoch auch die Möglichkeit von beaufsichtigten Schnelltests an. Die Dokumente werden archiviert und seien im Falle von Kontrollen durch das Ordnungsamt sofort griffbereit.

Auf dokumentarische Eigenverantwortung hingegen setzen Universität und Stadt. Alleine in der Verwaltung Greifswalds arbeiten rund 650 Menschen. Beide Arbeit-

geber wollen mit einem Dokumentationssystem arbeiten. In der Universität etwa gebe es in allen Einrichtungen Personen, die die jeweiligen Nachweise der Mitarbeiter verifizieren können. Mit Rundmails wurden alle Angestellten informiert.

Udo Possin ist Geschäftsführer von ml&s. Ein Großteil der über 500 Greifswalder Angestellten arbeitet in der Produktion, kann also nicht ins Homeoffice wechseln. Possin erklärt, dass es getrennte Eingänge für Geimpfte beziehungsweise Genesene und auf der anderen Seite getestete Angestellte geben werde. Er findet es nicht gut, dass die Politik die Verantwortung und auch die Arbeit bei den Arbeitgebern ablädt.

Monatliche Kosten werden deutlich steigen

Bereits vor der neuen Regelung mussten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zwei Schnelltests pro Woche vorhalten. Einen weiteren können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den zahlreichen Testzentren in Greifswald kostenfrei in Anspruch nehmen. Damit bleiben theoretisch zwei weitere Arbeitstage, gemessen an einer normalen Fünf-Tage-Woche, für die Nachweise erbracht werden müssen.

Viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wollen jedoch unterstützend beiseitestehen, auch wenn das ins Geld geht. Die Stadt rechnet in ihrer Verwaltung mit rund 10.000 Euro, die als monatliche Kosten anfallen könnten. Das **EWN** rechnet mit 5000 Schnelltests, die im Monat durchgeführt werden. „Diese Tests werden im Rahmen von Vergabeverfahren zu marktüblichen Preisen eingekauft“, heißt es auf Anfrage.

Bei den aktuellen Preisen des Großmarktes lägen die Kosten auch hier zwischen 10.000 und 12.500 Euro im Monat. Andere Zahlen rechnet Possin von ml&s vor. Mit Personalkosten, Ausfällen, Schleusen und Tests geht er von mindestens 50.000 Euro aus, die dem Un-

ternehmen fehlen und als Kosten anfallen.

Nicht genügend Schnelltests vorhanden?

Ein anderes Problem, das in diesem Dezember auf Greifswald zukommen wird, ist die Verfügbarkeit von Schnelltests. Bereits jetzt ist eine große Nachfrage im Einzelhandel und den Schnelltestzentren spürbar.

Im Testzentrum in der Mensa am Schießwall sind für Donnerstag nur noch einzelne Termine frei. Auch in einschlägigen Supermärkten und Drogerien sind die Tests vergriffen. Neben den Arbeitgebern gelten in Mecklenburg-Vorpommern auch neue Corona-Regeln für alle. Ab Donnerstag gilt in den meisten Einrichtungen 2G+. Bedeutet: Geimpfte und Genesene dürfen rein, müssen dann aber auch getestet sein.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 25.11.2021 | S. 1

 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

 Frank Pubantz

ENERGIEWENDE

MV will auf eigene Faust Hunderte Windräder bauen

Regierung plant, Anlagen selbst zu errichten / Kosten: Rund eine Milliarde

Mecklenburg-Vorpommern will selbst groß in den Energiemarkt einsteigen. Umweltminister Till Backhaus (SPD) plant den Bau von Hunderten Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen, die auf landeseigenen Flächen stehen sollen. Der Erlös solle in Umwelt- und Klimaschutzprojekte fließen.

Die Idee sei ihm gekommen, als er sich intensiv mit der Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) beschäftigt habe. Das südliche Bundesland kümmert sich selbst um Energieversorgung; das könne MV, wo Energiepreise mit am höchsten sind, auch. SPD und Linke haben das Thema in den Vertrag für die neue Landesregierung aufgenommen. Man wolle „Wind- und Solarparks entwickeln“, so Backhaus. Dafür sollen Firmen gegründet werden, die Gewerbesteuern in die Kassen von Kommunen spülen. „Wenn der Staat so etwas in die Hand nimmt, müssen die Gemeinden etwas davon haben“, sagt er. Dann steige auch die Akzeptanz. Rund eine Milliarde Euro könnten für das Vorhaben eingesetzt werden. 100 Millionen davon wolle das Land aus der Rücklage der Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft (IAG) nehmen. „Leihen“, sagt Backhaus. Die 500 Millionen Euro, die dort angespart seien, sind in späteren Jahren für die Renaturierung der Giftmülldeponie gedacht, die laut Beschluss im Jahre 2035 geschlossen wird. Für IAG-Chef Henry Forster ist das „kein Widerspruch“. Durch Inflation würde die Rücklage sogar aufgezehrt; stattdessen solle das Geld sinnvoll eingesetzt werden.

Backhaus' Rechnung: 900 Millionen Euro sollen vom Kapitalmarkt kommen. Ein Windrad koste derzeit „etwa fünf Millionen“. Macht unterm Strich 200 Anlagen. „Das wäre ein Riesen-Durchbruch.“ Das alles sei derzeit noch in der Prüfung.

„Wir werden zusätzliche Energieproduktion benötigen“, so Backhaus. Sind Atom- und Kohlekraftwerke erst einmal vom Netz, werde viel mehr Energie aus erneuerbaren Quellen nötig sein.

Der Windkraftausbau stagnierte zuletzt in MV. Ende 2020 standen hier 1965 Anlagen. Im ersten Halbjahr 2021 kamen nur sieben hinzu. Die Branche macht politische Hürden verantwortlich. Backhaus sagt, er setze auf die neue Bundesregierung, ein von Olaf Scholz (SPD) angekündigtes Beschleunigungsgesetz für die Wirtschaft. Ob es dazu kommt, zwei Prozent der Landesfläche mit Windrädern zu versehen, „hängt maßgeblich von der Strategie der Bundesregierung ab“.

Kritik von Norbert Schumacher, Bürgerinitiative „Freier Horizont“. Er fürchte Befangenheit, wenn der Staat, der Standorte von Windrädern genehmigt, als Investor auftritt. Das Zwei-Prozent-Ziel sei unrealistisch. Corinna Cwielag, Bund für Umwelt und Naturschutz in MV, lobt: „Wenn Erlöse und Steuern bei den Gemeinden landen, ist das gut für die Energiewende und das Gemeinwohl.“

Zum Plan gehöre auch, Energiespeicher zu schaffen, so Backhaus. Dies könnte ein Standbein eines Kompetenzzentrums für Umwelt- und Kreislaufwirtschaft sein, das an der großen Mülldeponie bei Schönberg geplant sei. Seite 7

Zitat-Text:

„Wir werden zusätzliche Energieproduktion benötigen.“ - Till Backhaus (SPD) Umweltminister der MV-Regierung

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 25.11.2021 | S. 7

 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

 Frank Pubantz

NEUE PLÄNE

Giftmülldeponie soll auf Umweltschutz umschulen

Selmsdorf: „Kompetenzzentrum für Umwelt- und Kreislaufwirtschaft“ geplant / Windräder sollen recycelt und Wasserstoffherstellung angesiedelt werden

Die landeseigene Giftmülldeponie in Selmsdorf (Nordwestmecklenburg) richtet sich neu aus. Bis 2035 sollen Giftstoffe der Schadstoffklasse III auch aus anderen Bundesländern angenommen werden, dann ist Schluss. So hat es das Regierungskabinett beschlossen. Herr über die umstrittene Deponie ist seit zwei Jahren Umweltminister Till Backhaus (SPD). Er plant dort jetzt ein „Kompetenzzentrum für Umwelt- und Kreislaufwirtschaft“.

Die Deponie war vor drei Jahren massiv in die Kritik geraten, weil sie angeblich große Mengen Giftmüll aus dem Ausland aufnehmen soll. Das wurde widerlegt. Trotzdem stellte die Landesregierung den Betrieb um, setzte auf eine neue Geschäftsführung des Betreibers, die Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft (IAG). Für Müll aus dem Ausland gab es einen Annahmestopp, die gesamte Müllmenge sei reduziert worden. Kamen früher bis zu rund 600 000 Tonnen Müll pro Jahr in Selmsdorf an, sollen es in diesem Jahr rund 350 000 sein, sagt IAG-Geschäftsführer Henry Forster. Die Einnahmen aber seien stabil; Jahresumsatz 30 Millionen Euro. „Wir setzen nicht mehr auf Menge“, sagt Backhaus.

Nun wollen Regierung und IAG Umweltschutz und -verträglichkeit weiter in den Vordergrund stellen. Auf einer benachbarten Fläche (neun Hektar) solle ein „grünes Gewerbegebiet“ entstehen. Ziel sei ein Kompetenzzentrum für Kreislaufwirtschaft, das alte Stoffe verarbeitet und nutzt. Zu den Ideen gehöre etwa, einen Wertstoffhof und eine Firma zu etablieren, die alte Windkraftanlagen recycelt. „Wir könnten Windkraftflügel verwerten“, so Forster. „So etwas gibt es noch nicht“, erklärt Backhaus. Alte Autobatterien oder Photovoltaikanlagen könnten ausgeschlachtet, seltene Erden wiedergewonnen werden. Ziel sei es, Ende 2022 alle Genehmigungen für das neue Gewerbegebiet, das sich autark mit Energie versorgen soll, zusammen zu haben. 2023 solle dann die Erschließung be-

ginnen.

Auch das Thema Wasserstoffnutzung solle in Selmsdorf eine Rolle spielen - mit wissenschaftlicher Begleitung durch Hochschulen. Ziel sei eine „weitestgehend CO₂-freie Kette“, so Backhaus. Auch bei der Gewinnung von Methan wolle die Deponie Fortschritte machen, so Forster. Dies alles seien Chancen, um die rund 130 Jobs der IAG auch weiterhin halten zu können, so Backhaus.

Die Idee des Kompetenzzentrums wirft auch Fragen auf. Wie soll so ein Standort ohne Bahnanbindung klimafreundlich sein?, fragt Haat-Hedlef Uilderks von der örtlichen Bürgerinitiative, die sich gegen die Deponie richtet. „Fahren dann noch mehr Lkw hier lang?“. Eine Bahn gebe es leider am Rande des „Grünen Bandes“ nicht, räumt Forster ein. Das sei „höchst kompliziert“. Die Deponie liegt an der B 104, fast zehn Kilometer von der A 20 entfernt.

Wie es überhaupt nach 2035 auf dem Ihlenberg weitergeht, ist fraglich. Vor zwei Jahren erklärte Backhaus, er habe Vertretern anderer Nordländer mitgeteilt, dass sie sich bald selbst um einen neuen Standort für DK-III-Abfälle kümmern müssen. Er glaube nicht an eine Schließung 2035, so Uilderks. Backhaus und Forster halten dagegen: Der Druck auf die Nachbarländer wachse schon allein deshalb, weil Abfallwirtschaftspläne erstellt werden müssen. Jedem sei klar, dass Selmsdorf keine Dauerlösung sein kann.

Die Bürgerinitiative hat weitere Einwände. Unter anderem, dass eine vor Jahren angekündigte Studie der Uni Greifswald zu erhöhtem Krebsrisiko rund um den Ihlenberg aussteht. Die sollte man doch abwarten, bevor neue Pläne geschmiedet werden.

Zitat-Text: „Wir könnten Windkraftflügel verwerten.“ - Henry Forster, Geschäftsführer IAG